30, 05, 90

Sachgebiet 74

# Änderungsantrag

der Fraktion der SPD

zur zweiten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung – Drucksachen 11/4320, 11/7218 –

## Entwurf eines Fünften Gesetzes zur Änderung des Außenwirtschaftsgesetzes

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Beschlußempfehlung – Drucksache 11/7218 – wird wie folgt geändert:

In Nummer 2 erhält § 34 folgende Fassung:

### "§ 34 Straftaten

- (1) Mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe wird bestraft, wer ohne Genehmigung in Teil I Abschnitt A, B, C Nr. 1710, D oder E der Ausfuhrliste (Anlage AL) genannte Waren oder Unterlagen zur Fertigung dieser Waren ausführt.
- (2) Mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe wird bestraft, wer außer in den Fällen des Absatzes 1 eine in § 33 Abs. 1 bezeichnete Handlung begeht, die geeignet ist,
- 1. die äußere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland,
- 2. das friedliche Zusammenleben der Völker oder
- 3. die auswärtigen Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland erheblich zu gefährden.
  - (3) Der Versuch ist strafbar.
- (4) In besonders schweren Fällen ist die Strafe Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu zehn Jahren. Ein besonders schwerer Fall liegt in der Regel vor, wenn der Täter
- gewerbsmäßig oder als Mitglied einer Bande, die sich zur fortgesetzten Begehung solcher Straftaten verbunden hat, unter Mitwirkung eines anderen Bandenmitglieds handelt oder

- durch eine in Absatz 1 Nr. 1 bezeichnete Tat die Gefahr eines schweren Nachteils für die äußere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland herbeiführt.
- (5) Handelt der Täter fahrlässig, so ist die Strafe Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren oder Geldstrafe."

Bonn, den 29. Mai 1990

#### Dr. Vogel und Fraktion

### Begründung

Durch die Herausnahme der Strafbarkeitsvoraussetzungen "Gefährdung der äußeren Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland, des friedlichen Zusammenlebens der Völker oder der auswärtigen Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland" aus Absatz 1 soll erreicht werden, daß es in diesen gravierenden Fällen nicht dem Einfluß der Bundesregierung überlassen bleiben darf, ob Täter bestraft werden können oder nicht.